

2018

Sturm. . . Vorwärts, ihr Wellen, ihr mächtigen Streiter! Er kämpfet der Freiheit den Sieg oder auch sterbet, wie so viele vor euch! — Die finsternen Felsen erbeben. . . Schon naht die gewaltige Schar und stürmt voran, zerfurchend die Brust an den Felsen. . . Wie sinken sie sterbend dahin! . . . Die Wand ist bedeckt von blutigem Schaum, vom Blute der tapferen Kämpen!

Es heulet der Sturm: „O Kinder, o teuren Kinder! Es sanken die Ersten schon hin! Noch stürzet so mancher, doch heute noch siegen wir hier! . . .“

Es kocht das Meer. . . Die Toten ersehen der anderen Reihen. Wie drohend die Wellen, wie tapfer, wie herrlich zu schaun! — Sie brechen sich krachend und heulend den Weg zu der Wand, sie fluten zurück und stürzen aufs neue sich wild in den Kampf: sie sinken zu Haufen und rufen noch sterbend die Scharen der Brüder herbei. . .

Wohl steht die Wand und wanket noch nicht. . . doch finster und furchtbar fluten die Wellen herbei. Kein Ende zu schauen, kein Ende der Zahl der drohenden Wellen zu sehen! . . .

Die Ufer des Meeres entblößen sich fast; die Wellen sind alle an einziger Stelle versammelt zum Kampf, und sehnend erfüllt ein einziger Schrei die heiße, die dampfende Luft. . .

Wie mächtige Löwen zur Hilfe der Jungen erscheinen die Alten, aufs neue verjüngt. Sie fliegen dahin, gekrönt von weißem, von flockigem Schaum; sie stürzen sich wütend hinein in den Kampf, sie packen die trozigen Blöcke, und ahnend und schauernd erzittert die Erde vom schrecklichen Kampfesgetöse! . . .

Schon graut der Morgen zum trüben und traurigen Tage. Doch unbezungen stehen die Felsen trotzig noch da. . . Noch peitschet der Sturm das rasende Meer, noch sinken zu Tode, an Felsen zer schlagen, die Reihen der mutigen, mächtigen Wellen. — — —

Die Menschen versammeln erschreckt sich am Ufer des Meeres. Mit Wehmut erblicken die Fischer, wie mutig die Wellen zergehen im Kampf, der ihnen so ungleich erschien. Voll Mitleid erglänzten die Augen der festesten Männer. Zum Himmel erhob sich gar mächtig ein flehendes Gebet: „Erlöse die Kämpfer, beende den Streit, den Wellen verleihe den Sieg!“

Sogar der Tyrann, der Mensch, der die Felsen ins Meer einst gestellt, sogar jener erzittert, von Schauer erfüllt. Es zuckt ihm zusammen das selbstische Herz beim Anblick der Leiden, des Todes des Meeres. Mit welchem Entzücken möchte wohl jetzt er die Felsen, die starren, entfernen, den Wellen die Freiheit von neuem verleihn! . . .

Zu spät ist's jetzt! . . . Nicht stöhnen die Wellen, nicht bitten sie mehr. . . Zu schrecklich der Freiheit getragener Verlust, zu zahlreich der Opfer im Grabe, zu süß für die Toten die Rache! . . .

Und nochmals, wie finster und kühn, vom Sturm gerufen, vom Sturme gepeitscht die riesigen Scharen sich sammeln und drängen gewaltig den finsternen Fels!

Man fühlt es: jetzt gilt es, entweder zerfurcht jetzt der kalte, der trozige Fels, oder das Meer wird zum einzigen, riesigen Grab! . . .

Sie rücken heran, so stolz und so kühn! Sie schlagen vereint mit gewaltigem Stoß an die Wand, die Felsen erbeben davon! Die Wellen erstarren, sie fluten zurück und stoßen aufs neue mit wütender Kraft! . . . Ein Chaos entstand! . . . Im Nebel verschwand, was Form vor kurzem noch war; ein Stöhnen, ein Donnern erhebt sich vom Meer, das, wie von Grund aus gehoben, den Himmel zu berühren scheint. . .

Niedergeschmettert die Felswand! . . .

Dem Stöße, dem letzten, kein Widerstand mehr! . . . Die Blöcke, sie stürzen, versinken ins schluckende Meer, sie sinken zum Grunde, wo Ruhe die Wellen, die Helden gefunden. . .

„Schaumbedeckte Leichen, weg!“ erschallt des Meeres dröhnen-

der Ruf, „dieses Grab gehört den Wellen, die ihr Heldenleben gaben, damit es andern lebenswerter sei! . . . Und fern davon, im tiefsten Grunde des Meeres, wo nie ein Strahl der Sonne je gespielt, da öffnet sich der Grund des Meeres, läßt durch, was da im Knechtskampf fiel, und schließt sich wieder, ohne Spur. . .

Es jauchzet das weite, das glänzende Meer: Besiegt ist der Feinde knechtende Kraft! Die Wellen in Freiheit, wie rollen sie sanft, wie glänzen und glitzern sie froh! Sie singen wie früher, doch höher das Lied! Sie singen zum Ruhme gefallener Helden, die sterbend den Brüdern die Freiheit erkämpft. . .

„Den Toten, die Freiheit von neuem geschafft, Sei ewig bleibende Ehr!“

Der Lebenden treue strebende Kraft, Der Freiheit beste Gewähr!“

Zeugen und Rufer.

Ihr verlaßt euch auf die gegenwärtige Ordnung der Gesellschaft, ohne zu bedenken, daß diese Ordnung unermesslichen Revolutionen unterworfen ist und daß es euch unmöglich ist, diejenige, die eure Kinder betreffen kann, vorauszu sehen oder ihr vorzubeugen. Der Große wird klein, der Reiche wird arm, der Herrscher zum Untertan; und sind Schicksalschläge so selten, daß ihr darauf rechnen könnt, davon ausgenommen zu sein? Wir nähern uns einem kritischen Anstand und dem Jahrhundert der Revolutionen. Ich halte es für unmöglich, daß die großen Monarchien von Europa noch von langer Dauer sein werden: alle haben ihre Glanzzeit gehabt, und jeder Staat, der glänzt, ist im Abnehmen begriffen. Wer kann euch sagen, was dann aus euch wird? Alles, was Menschen gemacht haben, kann von Menschen zerstört werden.

Rousseau. (1712—1778.)

Die Massen stehen zu ihrem Führer häufig in dem Verhältnis jenes Bildhauers im griechischen Altertum, welcher, nachdem er einen Jupiter Donnertrommel modelliert hatte, vor seinem eigenen Nachwerk auf die Knie fiel, um es anzubeten. Anbetung aber erzeugt im angebeteten Objekt leicht Größenwahn. Die maßlosen, bisweilen eines komischen Anstrichs nicht entbehrende Selbstüberhebung, auf die wir bei den Führern moderner Massen so häufig stoßen, hat ihre Quelle außer im Selbmadetum eines Teiles von ihnen, in der dauernd enthusiastischen Aufnahme, die sie bei den Massen finden. Die Selbstüberhebung aber wirkt, da sie eine suggestive Macht ausübt, wieder auf die Massen zurück und bildet so, durch die erhöhte Bewunderung, die sie inspiriert, ein neues Element der Herrschaft.

Robert Michels: „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie.“

Was mich in Paris am meisten ansprach, war die Vermischung der Stände. Ich sah in einem Glase alle Bestandteile der bürgerlichen Gesellschaft vereinigt: Das zog sich an, stieß sich ab, gährte, züchtete, schäumte, und am Ende mußte jeder von seiner Natur etwas ablassen und von der fremden etwas annehmen. Ich sah das Leben einmal auf dem nassen Wege, ich kannte früher nur das auf dem trockenen. Aber nicht bloß dieser chemische Prozeß machte mir Freude, sondern auch so mancher unauslöschliche Deutsche, der daran keine Freude fand.

Von den Vielen unter uns, die keinen neben sich dulden können und die, wenn sie keinen Herrn vor sich und keinen Diener hinter sich haben, sich für verlorene Menschen halten und wimmern — traf ich mehrere in der Pariser Gesellschaft.

In ihrer Angst, die feindlichen Stoffe zu vermeiden und die freundlichen im Wirrwarr aufzufinden, wußten sie gar nicht, wo sie sich hinwenden sollten, und gleich einer vom Wassertrudel angegriffenen Nusschale drehte sie sich um sich selbst und kamen nicht von der Stelle. Diesen gefiel es gar nicht in Paris und sie waren recht froh, als sie wieder nach Hause kamen, jeder in seine heimatische Schublade, worin jeder trocken blieb und alles galt.

Börne: Aus meinem Tagebuch.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik



1. Jahrg. **Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.** Nr. 19

Ersteinst wöchentlich einmal. :
Redaktion u. Expedition:
Waller Heerstr. 52 (Eing. Torweg). **Bremen, den 28. Oktober 1916**
Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Krieg und Frieden	Seite 145
Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie (Fortf.)	147
Die nationale Einheitschule	148
Eine Resolution des Linksradikalismus	149
Aus unserm politischen Tagebuch	150

Krieg und Frieden.

Kurz vor dem Zusammentritt des Reichstages war der Teufel wieder los. Herr Tirpitz, der Baumeister der deutschen Flotte, beklagte sich beim Reichskanzler, daß ihm dessen Freunde die Belügung der Regierung nachsagen. Er forderte Schutz gegen diese „insamen Treibereien“. Die Reichskanzlerpresse wartete darauf mit Beispielen der Heze auf, die gegen den Reichskanzler seitens der Tirpitzfreunde getrieben werden. Immer wütender bollerte man gegen einander, und als Kern der gegenseitigen Anklagen stellte sich die Behauptung heraus, der Reichskanzler gebrauchte nicht alle Mittel, die ihm zur stegreichen Beendigung des Krieges zur Verfügung stehen, da er immer noch an eine Annäherung an England nach dem Kriege denke.

Mit England oder mit Rußland — so formulierte Herr Bernhard von der „Vossischen Zeitung“ den politischen Kern des Streites, dessen Begleiterscheinung der Streit über die Kriegsmittel ist. Dies ist auch unsere Meinung, wie wir sie hier in unserm Artikel „Aus dem Lager des deutschen Imperialismus“ vor mehr als einem Vierteljahr (Nr. 1 u. 2) dargestellt haben. Man sieht, es handelt sich dabei nicht nur um Fragen der Kriegsführung, von deren Beantwortung die Länge des Krieges abhängt, sondern auch um die Richtung der gesamten zukünftigen auswärtigen Politik Deutschlands. Als der Kampf der Bethmannleute mit der Tirpitzfronde auf den Siedepunkt gelangte, schlug die „Frankfurter Zeitung“, am 26. September, mit der Faust auf den Tisch, und erklärte: „So wie jetzt kann es nicht weitergehen. Uns scheint, daß der Reichstag diesmal dem Problem ganz ins Gesicht sehen muß, und daß auch der von allen anderen angegriffenen Mann Anlaß hätte, den Stier bei den Hörnern zu packen. Eine Regierung, die in jahrelanger Wühlarbeit um das Vertrauen beim Volke gebracht wird, kann zu ernster Zeit allerdings eine Gefahr werden, weil man bei ihr zuletzt keine Stärke mehr vermutet und selbst gegen ihre bestermöglichen Beschlüsse der lähmende Verdacht sich regt, daß sie gefaßt worden seien nicht im Geiste der Kraft, sondern in dem der Unkraft,

der Schwäche gegen diesen Einfluß oder gegen jene Clique.“ Sie forderte vom Reichstag eine klare Entscheidung für den Reichskanzler oder gegen ihn. „Wenn ja (wenn der Reichstag zu Herrn Bethmann-Hollweg steht), so mögen die durch die Berührung mit dem Volkswillen neugestärkten leitenden Männer endlich mit den widrigen Schlingengewächsen aufräumen, über die Deutschlands Fuß zu staucheln droht. Personen von Rang und Stellung dürfen eine wilde und lähmende Agitation gegen die Reichsleitung, deren Mittelpunkt der Kaiser ist, dauernd fortsetzen, eine Agitation, die den zum zer schmetternden Schlage gegen den Feind ausholenden Arm der deutschen Wehrkraft voller Zweifel zurücksinken lassen müßte, wenn ihr nicht Halt geboten wird.“

Nach solchen Tönen eines offiziös bedienten Blattes glaubten naive Geister: jetzt geht die Regierung der „Fronde“ an den Kragen. Und Herr Heilmann, der sozialpatriotische Chorführer, schlug wie wild um sich, forderte entweder die Freilassung Liebknechts oder die Einkerkerung der Ankläger Bethmanns. Inzwischen kam der 28. September, Herr Bethmann-Hollweg hielt seine Rede, in der er sich zu der Auffassung bekannte, daß England der gefährlichste Feind sei, in der er in unmißverständlicher Absicht erklärte, Deutschland habe sich niemals in die inneren russischen Verhältnisse eingemischt. Nach diesen Erklärungen, die beweisen sollten, wie unberechtigt die Angriffe der Fronde seien, wie nahe ihrem Standpunkt der seinige ist, drückte der Reichskanzler seinen Verleumdern die Verachtung aus. Der Stier wurde nicht bei den Hörnern gepackt.

Aber nicht nur der Reichskanzler ging dem offenen Kampfe gegen die „Fronde“ aus dem Wege. Dies taten auch seine Freunde aus den bürgerlichen Parteien und brachten den Antrag auf die Vertagung der Diskussion ein. In den geheimen Sitzungen der Budgetkommission sollte ein Kompromiß gesucht werden. Und siehe da, die Herren Sozialpatrioten, die Gift und Galle gegen die Tirpitzleute spuckten, die ihnen die furchtbarste Fehde ansagten, sie willigten ein, daß die „schicksalschweren Fragen“ in der parlamentarischen Dunkelkammer verschwand. Dann vergingen zwei Wochen in geheimen Verhandlungen, an denen nicht einmal alle Abgeordneten teilnehmen durften, an den Küsten der Vereinigten Staaten begann ein scharfer Kampf gegen die englischen Handelsschiffe, und als Mitte Oktober der Reichstag seine öffentlichen Verhandlungen über die auswärtige Politik wieder aufnahm, da säufelte in den dürren Blättern der Herbstwind. Von einem Sturme gegen die Fronde war keine

Rede. Weder der Reichskanzler noch ein bürgerlicher Vertreter packte den Stier bei den Hörnern. Herr Scheidemann mimte nochmal den brüllenden Löwen, aber er hütete sich wohlweislich irgend etwas aus dem Häuschen zu plaudern. Auf der anderen Seite benahmten sich die parlamentarischen Vertreter der Tirpitzfronde, Herr Bassermann und Westarp, sehr brav und milde. Der Tomahawk, der dem Reichskanzler seines Kopfschmuckes berauben sollte, er blitzte nicht in ihren Händen.

Es kam zu keiner Auseinandersetzung mit der „Fronde“ und wird nicht kommen. Nicht nur weil die Fogen. Fronde zwar weiter geheime Projekte gegen den Reichskanzler herausgeben, aber niemals gegen ihn die Entscheidung des Reichstages anrufen wird, sondern auch weil die Regierung niemals mit ihr offen abzurechnen gewillt sein wird. Die Fronde ist der einflussreichste Teil der besitzenden Klassen. Sie glaubt, daß die Regierung nicht genug entschieden und bewußt ihre Interessen vertritt. Nun, so suchen sie durch Geheimkonventikel, Geheimschriften, durch persönliche Beeinflussung verschiedener Regierungsvertreter ihr Ziel zu erreichen. Und wie im Frieden so suchen sie jetzt auf ihre Rechnung nicht durch den Reichstag — was einen Appell ans Volk bedeuten würde — sondern durch den Einfluß auf die Krone zu kommen. Aber ebensowenig wie sie den Reichstag nicht stärken und nicht an die Öffentlichkeit appellieren wollen, ebensowenig kann es die Regierung tun. Es ist ein lächerlicher Gedanke, daß sich die Regierung gegen die Junker und Nationalliberalen auf — Herrn Scheidemann und sein Gefolge stützen könnte.

Zum Kleinkrieg gegen die Tirpitzleute kann irgend ein günstiger Wind Herrn Scheidemann selbst einen Immediatbrief eines Reichsfürsten auf den Tisch wehen, aber keine Regierung kann im Ernste daran denken, gegen die ökonomisch ausschlaggebenden Schichten die Politik des deutschen Reiches zu führen. Man liebt es, Herrn Bethmann-Hollweg als ahnungslosen Engel darzustellen. Würde er es sein, und würde er den Reichstag gegen die Fronde mobilisieren, er wäre längst gewesen. Aber warum sollte er den Gegensatz zu den Junkern und Nationalliberalen so zuspitzen? Weil sie „maßlos“ sind, den Krieg verlängern wollen, erklären die ganz naiven Sozialpatrioten. Auch die Tirpitzleute werden nicht höher springen, als sie können, und Herr Bethmann nicht niedriger. Und was die Differenzen über die zukünftige auswärtige Politik anbetrifft — ob mit England oder Rußland —, so wird er durch die Tatsache entschieden werden, von wem man bessere Bedingungen bekommt. Hier handelt es sich nicht um Fragen, über die sich die Besitzenden — wenn die Frage wirklich aktuell wird — im Ernste spalten könnten.

Das, was die Sozialpatrioten den Massen als heroischen Kampf der Regierung mit den Imperialisten darzustellen suchen — einen Kampf, in dem sich die Arbeitermassen auf die Seite der Regierung stellen müssen —, ist ein gemeinsames Suchen nach dem Weg, den man in der schwierigen Sachlage nicht ohne weiteres findet. Wenn diese Art der Verständigung durch den Kampf der Konventikel für die Beteiligten gewisse persönliche Unannehmlichkeiten hat, so hat sie für den Imperialismus überhaupt auch sehr gute Folgen. Wenn die Tirpitzfronde als das Lager des Imperialismus gilt, so profi-

tiert davon die Regierung, die als bar jeder imperialistischen Tendenz der Arbeiterklasse dargestellt werden kann. Gäbe es keine Tirpitzfronde, Herr Scheidemann müßte sie für die Zwecke des Sozialpatriotismus beschaffen. Und wie angenehm ist es, wenn man, „um mit der Tirpitzfronde abzurechnen“, alle Fragen der auswärtigen Politik von der öffentlichen parlamentarischen Diskussion ausschalten kann. Gäbe es keine Tirpitzfronde, die Scheidemänner ständen da als Leute, die dazu beitragen, daß die Volksmassen keinen Einblick in die wichtigsten Angelegenheiten bekommen. Dank der Tirpitzfronde stehen sie als Ketter des Vaterlandes da, die die öffentliche Behandlung gefährlicher Dinge verhüten haben.

So wird die Tirpitzfronde weiter „wüßlen“, d. h. auf dem ihr entsprechenden Wege ihre Ziele zu erreichen suchen, die Regierung wird ihr kein Leid antun, und die Sozialpatrioten werden sie unentwegt bekämpfen, so lange — — bis sie siegt.

So sieht die angebliche Kluft aus, die den deutschen Imperialismus zerreißt. Und wie sieht die äußere Lage aus, welche Aussichten eröffnet sie?

Der dritte Winterfeldzug steht vor der Tür. Das was man vor kurzem noch als einen Alp empfand, der verschwinden kann, das wird bald Tatsache sein. In der französischen Kammer erhob sich Genosse Briçon, berechnete die ungeheuren Verluste, die der Krieg dem französischen Volke gebracht hat, zeigte, daß der Sieg, mit dem jetzt die Entente rechnet, noch größere Anstrengungen erfordern wird. Verhandelt! — rief Briçon. Verhandelt! — ruft Genosse Haase im Reichstag. Verhandeln? — antworten ihm die Vertreter der deutschen Regierung; aber die Entente will nichts von Verhandlungen wissen, sie will uns auf die Knie zwingen. Verhandeln? höhnen die Briand und Lloyd George, wo uns der Sieg erst zu winken beginnt. Wenn ihr die nationale Unabhängigkeit Deutschlands nicht zerstören wollt, dann könnt ihr die französischen und belgischen Gebiete ohne weiteres Blutvergießen bekommen, offeriert Herr Scheidemann von der Reichstagstribüne herab. Aber abgesehen davon, daß Herr Scheidemann einseitig noch kein Reichskanzler ist und Herr Westarp im Gegensatz zu ihm Belgien behalten will, warum schwieg Herr Scheidemann über die zukünftigen Gebiete Polens, Serbiens, der Türkei, der afrikanischen Kolonien? Wenn er all diese Fragen verschwiegen, um den Eindruck zu erwecken, als handle es sich um die reine Beibehaltung des status quo ante bellum, so ist das eine kurzfristige Spiegelfechtere; denn dadurch verschwinden diese Fragen als Hindernisse des Friedens nicht aus der Welt. Statt zu deklamieren, statt sich zu entrüsten, gilt es, kühl der Wirklichkeit in die Augen zu schauen. Desto kühler, je schrecklicher sie ist, es sei denn, daß man — wie die Sozialpatrioten — ein Interesse daran hat, daß möglichst viel Nebel über und um die Dinge schwebt.

Welcher Meinung man auch über den Ausbruch des Krieges sein mag, so kann es für keinen Menschen mit gesunden Sinnen einem Zweifel unterliegen, daß die Regierungen aller am Kriege beteiligten Länder sich in ihm weitere Ziele steckten, als die Rückkehr zum Zustande vor dem Kriege. Falls es Wahrheit ist, daß eine

Koalition die andere überfallen hat, dann mußten ihr doch dabei Änderungen auf der Karte vorgeschwebt haben. Die Ueberfallene wieder mußte sich als Ziel einen solchen Machtzuwachs stecken, daß die Ziele der andern durchkreuzt wären. Ist der Krieg aber nicht auf einen bewußten Willen einer Mächtegruppe zurückzuführen, sondern nur ein Resultat des blinden Drängens aller imperialistischen Kräfte nach Expansion, dann sind die Änderungen der Machtverhältnisse desto mehr ein Kriegsziel aller Regierungen.

In der ersten Periode des Weltkrieges hat auch die deutsche Regierung durch den Mund des Herrn Bethmann-Hollweg mehrere Male ausdrücklich festgestellt, daß es keinen status quo ante bellum nach diesem schrecklichen Kräfteessen geben kann. Jetzt, wo die Entente glaubt, daß ihre Stunde naht, will sie wieder vom Verhandeln nichts wissen. Denn trotz allem Geschreies von dem sichern Sieg hat sie ihn noch nicht errungen. Die Zentralmächte stehen noch unerschüttert da. Würde es jetzt zu Verhandlungen kommen, sie müßte ihnen größere Zugeständnisse machen, als es der Fall sein wird, wenn sie ihnen Niederlagen beibringt. Wenn Herr Scheidemann ihnen den status quo in Westeuropa anbietet, so weiß sie ebenso gut wie die deutsche Regierung, daß der Westen Europas nicht die Welt ist, und daß der Schwerpunkt des Krieges im Südosten liegt. Und so ist es.

Die belgische Frage, als die der Machtstärkung Deutschlands gegen England in der Nordsee hat nur die Bedeutung eines Weges zur Stärkung der Lage des deutschen Imperialismus in der Welt. Das mitteleuropäische Bündnis, das einen Landweg nach Asien sichern soll, und das ohne Annerkennung des Teiles der serbischen Gebiete, der Bulgarien mit Oesterreich verbindet, ohne weiteres Bestehen der Türkei unmöglich ist, das ist doch der zweite Weg. Ein Deutschland, das über ein Gebiet von Hamburg nach Bagdad gebieten würde, würde nicht nur Rußland den Weg zu den Dardanellen, England den nach Mesopotamien verlegen, sondern es würde eine Macht darstellen, der man große koloniale Zugeständnisse in Afrika machen müßte. Daß aber Deutschland nicht gewillt ist, trotz aller Anstürme der Tripelentente, sich seine Orientpläne durchkreuzen zu lassen, das beweist die mit eiserner Energie geführte Offensive Falkenhayns gegen Rumänien. Würde die Entente jetzt die Verhandlungen beginnen, sich mit der Wiederherstellung des status quo im Westen Europas begnügen, Deutschland würde als Sieger aus dem Kriege hervorgehen. So lange die Entente noch ihre Angriffskraft steigern kann, wird sie nicht nachgeben. Die ungeheuren Opfer, die ihr bisher der Krieg kostete, spornen sie zum Festhalten an ihren positiven Kriegszielen ebenso an, wie die deutsche Regierung.

Das ist die Lage. Alle Vernunftgründe fallen hier ab; die eisernen Würfel werden weiter rollen, bis eine Koalition siegt, beide erschöpft daliegen, oder eine dritte Kraft ihnen Halt gebietet. Das schließt nicht aus, daß einzelne kriegführenden Mächte schon jetzt versuchen könnten, Fühlung zu nehmen über die Bedingungen eines zukünftigen modus vivendi. Deswegen sind alle Beschwörungen: Verhandelt miteinander! nur eine Er-schütterung der Luft, nichts mehr.

Es handelt sich für das Proletariat um die klare

Erkenntnis, daß alle Beschwörungen den Gang der Dinge nicht aufhalten können, daß es sich um ein Kräfte-messen handelt, dem nur die Gefahr von seiten einer dritten Macht ein Ende bereiten kann.

Die Beschwörungen: Verhandelt doch! sind direkt gefährlich, schädigend in ihrem Einfluß. Sie erwecken Hoffnungen, als ob die Regierungen umkehren könnten. Wenn sie noch verkuppelt werden mit Programmen des Pazifismus, des „dauernden Friedens“, so wirken sie doppelt verwirrend. Die Sozialpatrioten suchten die Massen über die Sachlage zu täuschen, indem sie ihnen einredeten, die Sache des Friedens scheitere nur an der Schlechtigkeit der Ententeregierungen. Aber nicht minder verwirrend wirkte die Arbeitsgemeinschaft.

Nicht um Friedensseufzer, nicht um Predigten unter der Adresse der Regierungen handelt es sich, die alle unter dem Zwang der Situation stehen, sondern um die Schaffung einer neuen Kraft, deren Kommen verzögert wird, wenn man die Meinung verbreitet, als könnten die Regierungen selbst frei aus dem Handgelenke eine andere Politik treiben, wenn man das narrende Bild eines kommenden irgendwie dauernden Friedens vorgaukelt, der sich durch pazifistische Maßregeln erreichen läßt.

Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie.

Die Haltung der Arbeiterklasse.

Der Sozialimperialismus.

Während der Sozialpatriotismus die Verteidigung der Nation, die Abwehr der Gefahr nationaler Zerstückelung und Unterdrückung zum Angelpunkte der proletarischen Politik macht, geht der Sozialimperialismus von ganz anderen Gesichtspunkten aus. Wohl benutzt er die nationalen Instinkte, um das Wesen seiner Politik zu verschleiern, aber nicht um sie geht es ihm. Die Sozialimperialisten erklären die Vereinigung Deutschlands und Oesterreichs, Bulgariens und der Türkei, also die Zusammenschließung deutscher, slavischer, ungarischer und türkischer Völker zu einem wirtschaftlichen Gebiet — Mitteleuropa — als Kriegsziel, obwohl dadurch mit der Zeit ganz gewiß die nationale Selbstständigkeit jeder der vereinigten Nationen aufgehoben wäre. Indem sie sich mehr oder weniger klar für Annerkennung aussprechen, nehmen die Sozialimperialisten nicht nur die Aufhebung des nationalen Charakters mit in den Kauf, sondern auch die gewaltige Verkoppelung von Völkern. Obwohl sie diese ihre Haltung oft mit nationalen Gründen erklären, weil angeblich nur durch die Bildung eines großen mitteleuropäischen Staatenbundes Deutschland der ihm von allen Seiten drohenden Gefahr entgehen kann, so ist es klar, daß es sich hier nur um die Schaffung einer breiteren Basis für die imperialistische Politik handelt, als Deutschland allein darüber verfügt; denn die Gefahren, denen die Sozialimperialisten durch Gründung Mitteleuropas entgehen wollen, entstehen eben aus dem Drang zur imperialistischen Expansion, nicht aus der bloßen Existenz Deutschlands, und Mitteleuropa soll der Stärkung des deutschen Imperialismus dienen. Es soll eine einheitliche massive militärische Kraft, ein großes wirtschaftliches

Gebiet abgeben, daß es mit den Kolossen des englischen, amerikanischen und russischen Imperiums aufnehmen könnte.

Indem die Türkei diesem Staatenbunde angegliedert wird, bekommt der deutsche Imperialismus nicht nur ein großes Gebiet wirtschaftlicher Ausbreitung, sondern auch die Möglichkeit, auf England zu drücken, es zu kolonialen Zugeständnissen zu nötigen, und im Falle eines neuen Weltkrieges soll ein einheitliches Gebiet von Hamburg bis nach Bagdad, dessen Wirtschaft schon in Friedensjahren auf den Krieg vorbereitet würde, der englischen Blockade ganz anders trotzen können als jetzt. Mit diesem historischen Inhalt ist die Frage von Mitteleuropa im Feuer des Krieges geboren worden, und mit keinem andern. Das geben alle bürgerlichen Befürworter des mitteleuropäischen Gedankens ohne weiteres zu, denn sie wissen, daß eben in dem imperialistischen Charakter dieses Kriegszieles nicht nur propagandistische Kraft für die Bourgeoisie liegt, sondern die einzige Möglichkeit seiner Verwirklichung: die dynastischen und bürokratischen Elemente, die über die Verwirklichung in erster Linie entscheiden werden, können nur durch die Schwierigkeiten, denen ihre imperialistische Politik ausgesetzt wird, wenn sie weiter selbständig betrieben wird, zum Aufgeben eines Teils ihrer bisherigen Selbständigkeit gebracht werden.

Die Sozialimperialisten suchen diesen Charakter des mitteleuropäischen Programms zu verwischen, um es bei den Arbeitern einzuschmuggeln. Wie sie den Ursprung des mitteleuropäischen Programms mit der Aurore eines Versicherungsmittels gegen nationale Gefahren umgeben, so erklären sie: nicht dem Imperialismus, sondern dem freien Verkehr soll Mitteleuropa dienen. „Die Hände weg! müssen wir der politisch-militärischen Machtpolitik wie der nationalitätspolitischen Expansionspolitik zurufen. Behandlung der Sache als reine Wirtschaftsfrage!“ rief der Führer der österreichischen Sozialimperialisten, Herr Renner, auf der Konferenz der deutschen sozialpatriotischen Instanzen, die am 9. Januar 1916 zur Erörterung der Mitteleuropafrage einberufen wurde.

Während es bei anderen Imperialismen um Gewaltpolitik, Unterdrückung galt, handele es sich bei dem mitteleuropäischen Programm um einen „freien Bund“ von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei. „Das ist etwas ganz anderes als Imperialismus“ — erklärte Renner. („Die Bestrebungen für eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns“. Berlin 1916. Vorwärtsverlag. S. 22.) Herr Renner ist ein zu kluger und klarer Kopf, als daß wir diesen seinen Ausführungen guten Glauben zubilligen könnten. Renner weiß sehr gut, auf welche Veränderungen der Landkarte auf dem Balkan hingearbeitet wird. Und daß der „freie Bund“ morgen die bisherige imperialistische Politik aufgibt, eben weil er die Kraft zu ihr bekommen hat, das ist eine solche Zumutung an den gesunden Verstand, daß man gegen dieses „Argument“ des Herrn Renner gar nicht erst zu polemisieren braucht.

Das mitteleuropäische Programm, zu dem sich alle Sozialimperialisten bekennen, ist das Hauptziel des deutschen Imperialismus, wie er sich im Kriege der Bedingungen seiner Entwicklung bewußt wurde. Aber es ist nicht das einzige. Der deutsche Imperialismus begnügt sich keinesfalls mit der ihm durch dieses Programm

gesicherten friedlichen Expansion im nahen Osten, er erstrebt Kolonien in Afrika. Und die Herren Sozialimperialisten folgen ihm auch dahin. Die Artikel der Severing und Lensch werden von der Kolonialgesellschaft als Propagandaschriften verbreitet, und Herr Noske, der — mit Respekt zu sagen — Hauptsachverständige der Sozialimperialisten in Kolonialfragen, tritt in der „Glocke“ mit allen Argumenten der Kolonialpolitiker für einen deutschen Kolonialbesitz ein.

Will man aber Kolonien, will man imperialistische Politik treiben, so muß man sich zum Rüsten zu Land und zu Meer bekennen. Sie tun es auch. Nicht nur für die Zukunft. Herr Queßel preist in den „Sozialistischen Monatsheften“ Tirpitz, den Schöpfer der deutschen Flotte, und leistet Abbitte für die bisherige ablehnende Haltung der Sozialdemokratie. Zieht man aber die Möglichkeit neuer Kriege in Betracht, und will man für ihren Fall rüsten, so muß man auch für die wirtschaftliche Küftung für den Kriegsfall eintreten: und so sehen wir Herrn Kaliski die deutsche Schutzollpolitik loben, die Deutschland ermöglicht, sich so glänzend während des Krieges zu ernähren: Schutzollpolitik immerdar und allewege, sie soll Deutschlands selbständige Ernährung im nächsten Kriege sichern.

So stellt der Sozialimperialismus ein abgeschlossenes, konsequentes System der Politik dar, das im ganzen wie in allen seinen Stücken dem bisherigen System der Sozialdemokratie entgegengesetzt ist. Während der Sozialpatriotismus die Sache so darstellt, als handle es sich bei seiner Politik um einen rein vorübergehenden Zustand, der mit dem Kriege gekommen und mit ihm verschwinden wird, erklärt der Sozialpatriotismus offen und klar: nein, nach diesem Kriege drohen die Gefahren neuer Weltkriege, weil die imperialistische Politik weitergeführt werden muß, zu diesen Kriegen müssen wir rüsten; die Arbeiterklasse muß an der Seite der Bourgeoisie auch nach dem Kriege stehen.

Wir haben die Argumente der Sozialimperialisten, ihre Behauptung, daß die wirtschaftliche Entwicklung für den Sozialismus noch nicht reif sei, daß der Weg zum Sozialismus durch den Imperialismus auch weiterhin führen muß, und daß deswegen die Arbeiterklasse den Imperialismus unterstützen muß, schon untersucht; wir brauchen also auf die Begründung der sozialimperialistischen Politik weiter nicht einzugehen. Auch die Untersuchung ihrer Folgen kann sehr kurz sein.

Der sozialdemokratischen Arbeiterpartei erwächst die Aufgabe, die schädlichen Folgen des Imperialismus möglichst abzuwehren, hingegen jene wirtschaftlichen Neugealtungen, aus denen sich etwas für die Arbeiter herausholen läßt, rücksichtslos im Interesse der Arbeiterschaft auszunutzen, ihre Organisation auszubauen und, wenn es sein muß, den neuen Zwecken entsprechend umzubilden, kurz die Arbeiterschaft möglichst wohlverhalten, körperlich wie geistig, durch die neue Entwicklungsperiode zu bringen.“ So definierte Heinrich Cunow in seiner Broschüre „Partei zusammenbruch“ (S. 19) die theoretische Grundlage der sozialimperialistischen Richtung bildet, die Aufgaben der Arbeiterklasse. Wir sahen, wie das sozialimperialistische Programm diese Aufgabe lösen will: Schutzoll, Küftungsausgaben im Frieden, Teilnahme an neuen Kriegen in der Zukunft, das ist die Abwehr der

schädlichen Folgen des Imperialismus für die Arbeiter. Und da man nicht gleichzeitig für die Trennung der Völker durch Schutzoll für die Küftung zu neuen Kriegen und für die internationale Verbrüderung eintreten kann, so bedeutet das sozialimperialistische Programm die dauernde internationale Spaltung der Arbeiterklasse.

Da es aber ausgeschlossen ist, daß doch die Arbeiterschaft auch innerhalb der Grenzen eines Staates in ihrer Gesamtheit sich zu diesem Programm bekennt, so bedeutet es auch ihre Spaltung im nationalen Maßstab. Die Praxis der letzten zwei Jahre zeigt vollauf, daß es sich hier nicht um Hirngespinnste, sondern um die traurige Wirklichkeit handelt. Was eine so „wohlbehaltene“ Arbeiterschaft an politischer Macht darstellen würde, sieht auch ein Blinder. Würde das sozialimperialistische Programm von größeren Teilen des Proletariats akzeptiert werden, es wäre zur Ohnmacht verurteilt, schutzlos allen Folgen des Imperialismus ausgeliefert.

Der Sozialimperialismus bedeutet somit nicht nur Preisgabe des Sozialismus, er bedeutet die Preisgabe der einfachsten täglichen Arbeiterinteressen. Die Sozialimperialisten verspotten uns als die, die wegen Träumens von einer ferneren Zukunft die gegenwärtigen Interessen des Proletariats übersehen. In Wirklichkeit liefern sie diese Interessen den Klassengegnern des Proletariats aus, und sind als solche zu behandeln.

Die nationale Einheitschule.

Ein geschätzter Mitarbeiter der „Arbeiterpolitik“ hat kürzlich in einer Buchbesprechung das Problem der Einheitschule in einer bemerkenswerten Weise zugespitzt. Ausgehend von der Tatsache, daß die Forderung der Einheitschule augenblicklich auch von weiten Kreisen des Bürgertums wieder erhoben wird, stellte er die Frage so: wird die Einheitschule nicht am Ende gar die Herrschaft der Bourgeoisie, also den Bestand des Klassenstaates verlängern und den Aufstieg und Sieg der Arbeiterklasse hemmen? Es ist freilich nicht anzunehmen, daß die Bourgeoisie aus freien Stücken Reformen durchsetzen wird in dem vollen Bewußtsein, daß diese Reformen ihre Herrschaft untergraben werden. So selbstmörderisch veranlagt war noch keine herrschende Klasse.

Wenn also bürgerliche Autoren heute die Einheitschule fordern, so kann das letzten Endes nur der Erkenntnis dieser Intellektuellen entspringen, daß damit dem Staate und seiner Zukunft am besten gedient sei. Und um gerade dieses staaterhaltende Moment der Einheitschule ins Vordertreffen zu rücken, wird mit aller Schärfe betont, daß nicht die Einheitschule schlechtweg, sondern eine besondere Art, nämlich die nationale Einheitschule gefordert wird. Damit hat der Begriff Einheitschule freilich eine wesentliche Einschränkung erfahren, und nur mit dieser Einschränkung ist er für die Bourgeoisie denk- und vorstellbar. Die nationale Einheitschule forderten die deutschen Lehrer auf ihrer Kieler Tagung, nachdem jahrelang nur ihre fortgeschrittensten Elemente unter heftigsten Protesten der Mehrheit ihrer Kollegen und namentlich ihrer führenden Kreise die Forderung der Einheitschule zu erheben wagten. 1913 fand der Vortrag Kerksensteiners und die aus dem

Vortrag folgende Entschliebung der deutschen Lehrer, wenn auch nicht gleich den vollen Beifall, so doch mindestens die Zustimmung der höchsten Stellen im deutschen Schulwesen.

Die nationale Einheitschule wurde seitdem immer wieder in der pädagogischen Fach- und politischen Tagespresse erörtert und mehr oder minder eifrig propagiert. Während des Krieges ist nun diese Propaganda noch weit lebhafter geworden und es vergeht kaum ein Monat, wo nicht aus „berufener“ Feder eine Abhandlung über dieses Schulsystem auf dem Broschürenmarkte erscheint. Welch eine Wendung, da man noch vor wenigen Jahren das Wort Einheitschule nicht von den Lippen geben durfte, ohne als roter Umstürzler hinreichend verdächtig zu erscheinen! Allein die Formel nationale Einheitschule hat alles wieder gutgemacht.

Man muß nun, um zu dem Kern dieser bürgerlichen Schulforderung zu gelangen, von all dem schönen Gerede von Gerechtigkeit und Billigkeit, von dem Recht auf Bildung für alle Volksgenossen, von der sittlichen Läuterung und politischen Reife, die der Krieg dem Volke beschert hat, ganz abgesehen. So wenig man zu bezweifeln braucht, daß diese Argumente in bester Absicht und aus vollster Ueberzeugung vorgetragen werden, so wenig darf man bezweifeln, daß sie irgendwelche Beweis- und Durchschlagskraft besitzen. Es kommt letzten Endes nicht darauf an, mit welchem ideologischen Buntstoff wohlmeinende Menschenfreunde ihre Forderungen umhängen, sondern wie das lebendige Wesen aussieht, das unter diesen Hüllen verborgen gehalten wird, und welches seine Lebensbedingungen sind. Nicht die ethischen und ästhetischen Träume entscheiden darüber, was in der Gesellschaft werden kann und werden soll, sondern die politischen und ökonomischen Wirklichkeiten.

Was also ist die nationale Einheitschule? Sie ist oder soll sein: Die einheitliche Schulung aller Volksgenossen, ohne Unterschied des Standes der Eltern, ohne Unterschied der Klassenzugehörigkeit, in nationalem Geiste. Dabei wird nicht nur zugegeben, sondern sogar besonders hervorgehoben, daß die nationale Einheitschule die bestehenden Klassenunterschiede nicht im mindesten berühren werde. Die nationale Einheitschule setzt also voraus, daß es möglich wäre, die Klassenscheidung, in der das tiefste Wesen der bestehenden Gesellschaftsordnung ruht, in einem einzelnen Falle, dem der Bildung, auszuschalten und so ein Schulsystem zu schaffen, das oberhalb der Klassen im freien Raume der allgemeinen Volksverbrüderung schwebt. Abgesehen davon, daß ein solches Phänomen noch nie und an keinem Orte der bewohnten Erde existiert hat, scheitert seine Verwirklichung überdies an dem einen kleinen Umstand, daß die nationale Einheitschule selbst ein Klassegebilde vom reinsten Wasser und weit davon entfernt ist, der Bildungshimmel der Volksverbrüderung zu sein. Doch davon später.

Einstweilen muß noch bedacht werden, daß selbst die nationale Einheitschule ganz erhebliche Anforderungen an den Geldsack des Vaters Staat stellt. Es geht nämlich auch in der nationalen Einheitschule nicht ohne die Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehr- und Lernmittel, eine erhebliche Vermehrung des Lehr- und eine noch weit erheblichere Verminderung des Schülerbestandes in den einzelnen Klassen, nicht ohne eine ganz ungeahnte

Erhöhung und Modernisierung des Lehrmittelfundus, eine Vermehrung der Schulen auf mindestens das Fünf- und Zehnfache der gegenwärtigen Schulbautenzahl, nicht ohne die Schulspeisung, eine ausgedehnte Schulhygiene, einen tüchtigen Ausbau der Turn-, Schwimm- und Spielhallen ab und was dergleichen Kleinigkeiten mehr sind. Doch das ist längst nicht alles.

Selbst die nationale Einheitschule hätte zur Voraussetzung eine Sozialreform, davor selbst ihren begeistertsten Befürwortern der Mut bis unter die Stiefelsohlen rutschen dürfte. Um nur das aller Bescheidenste zu nennen: den unwiderrüflich gesetzlich festgelegten höchstens achtstündigen Normalarbeitstag, die Errichtung von Arbeiterwohnungen nach den Ergebnissen der modernen Wohnungshygiene unter Anwendung aller Errungenschaften der modernen Bautechnik, die radikale Durchführung des Frauen-, Mutter- und Säuglingschutzes, Abschaffung der Kinderarbeit, Regelung der Volksernährung dem Stande der anthropologischen und physiologischen Forschung entsprechend, angemessene Bekleidung der Arbeiterkinder, Errichtung von Kindergärten, Kinderheimen, Arbeits-, Schwimm-, Turn- und Lesehallen, von Spiel- und Sportplätzen, Veranstaltung von Wanderungen und Reisen usw., das ganze Register elementarster Forderungen auf dem Gebiete der Sozialreform von A bis Z. Und das alles auf Staatsunkosten.

Nun ist es eine alte Erkenntnis, daß die Schule ein Politikum ist. Und auch die nationale Einheitschule ist weit davon entfernt, politisch neutral zu sein. Sie soll ausgesprochenemmaßen der Hebung und Entwicklung des Nationalbewußtseins dienen. Darauf ist ihr ganzer Habitus zugeschnitten. Darum soll die vaterländische Geschichte im Mittelpunkt des ganzen Unterrichts stehen; er soll also die überragende Stellung einnehmen, die bis heute noch der Religionsunterricht innehat. Darum soll die nationale Sprache und Literatur mehr als bisher gepflegt werden; darum soll der Unterricht in der Geographie sich zum Kolonialunterricht umwandeln; darum soll statt der bisherigen dünnen Staatsgeographie die Handels- und Verkehrsgeographie betrieben werden; darum soll das Formale des Unterrichts in den Naturwissenschaften dem Praktischen in der angewandten Technik, Dynamik, Chemie Platz machen.

Das alles dient zunächst nationalen und damit politischen Zwecken. Es soll zur Hebung und Förderung der „Volkskraft“ und damit zur wirtschaftlichen und politischen Konkurrenzfähigkeit der Bourgeoisie des eigenen Landes gegenüber der Bourgeoisie der anderen Länder auf dem Weltmarkte führen. Dazu ist nötig, daß die Ausnutzung der Arbeitskraft einen möglichst hohen Grad erreicht, und daß die Gesinnung der Volksmassen in die Bahnen eines unerschütterlichen Nationalismus gelenkt wird. Beidem soll die nationale Einheitschule dienstbar sein.

Noch krasser aber tritt ihre Klassentendenz in der Forderung hervor, daß sie die Wehrhaftmachung der Nation erhöhen soll. Sie soll in allererster Linie im Dienste der geistigen und materiellen Rüstungen stehen. Darum wird eine erhöhte körperliche Ausbildung gefordert; darum soll der Unterricht nicht vor dem 8. Lebensjahre einsetzen und nicht vor dem 16. Lebensjahre beendet werden; darum sollen Übungen im Weitschreiten und

Entfernungsschritten vorgenommen werden; darum soll der Turnunterricht mehr ins Freie verlegt, und den militärischen Anforderungen angepaßt werden; darum wird an der ausschließlich sitzenden Beschäftigung der Kinder im heutigen Schulwesen, die zu Rückgratsverkrümmungen und Kurzsichtigkeit führt, schonungslose Kritik geübt.

So sieht die nationale Einheitschule vom politischen Standpunkt aus. Vom pädagogischen macht sie sich durchaus nicht anders. In einem Vortrag, den Professor Ostwald im Jahre 1910 vor dem Leipziger Lehrerverein hielt,* wird die These entwickelt: „Der ganze Inhalt des niederen und höheren Schulunterrichts ist durchaus durch die Kulturbedürfnisse unserer gegenwärtigen Zeit zu bestimmen“. Das ist nun zweifellos richtig, und übrigens nie anders gewesen, nur, daß man den ganz unklaren Begriff „Kulturbedürfnisse“ durch den bestimmteren „Herrschaftsbedürfnisse der jeweils herrschenden Klassen“ ersetzen muß. Diesen Sinn hat die gesamte Pädagogik zu allen Zeiten gehabt, und sie kann auch heute keinen anderen haben.

Diese Bedürfnisse haben zu allen Zeiten Inhalt und Form der Pädagogik bestimmt und sind heute erst recht für sie richtunggebend. Die „Kultur“ ist letzten Endes doch immer nur der gesammte geistige Inhalt, den die herrschenden Klassen ihrer Zeit geben; und die „Kultur“ fördern, heißt im Grunde nichts anderes, als die Interessen der herrschenden Klassen fördern. Denn alle Wissenschaft und Kunst, alle Philosophie und Religion, die den wesentlichsten Inhalt der „Kultur“ ausmachen, sind nie so voraussetzungslos gewesen, daß sie von den Interessen der herrschenden Klassen unberührt geblieben wären, wenn diese Zusammenhänge auch bei weitem nicht immer unmittelbar zu erkennen und von den „Kulturträgern“ bewußt hergestellt waren.

So entsprach die alte, noch jetzt übliche Pädagogik mit ihrer Tendenz der Willensuniformierung durchaus den Bedürfnissen des preußischen Staates, der als Militärstaat emporgekommen ist, als Militärstaat sich durchgesetzt hat, und heute als Militärstaat auf der Höhe seiner Entwicklung steht. Und wenn heute die Vertreter der Wissenschaft diese alte Pädagogik als „kulturhemmend“ bekämpfen und eine neue auf die Auslösung der in jedem Kinde ruhenden Energien abzielende Pädagogik propagieren, so entspricht das total den Bedürfnissen des modernen kapitalistisch-imperialistisch entwickelten Staates, in den Deutschland in den letzten Jahrzehnten hinübergewechselt ist. Diesen Bedürfnissen soll auch die Pädagogik der nationalen Einheitschule gerecht werden. Sie soll deshalb nicht mehr auf die Uniformierung des kindlichen Willens, sondern auf seine energielösende Individualisierung im Dienste der „Allgemeinheit“, d. h. des Staates und der gesamten bürgerlichen Gesellschaft abzielen. Sie soll ihre Kunst fürderhin nicht mehr an den formalen Wissenschaften der Logik und damit der reinen Worterziehung, sondern an den energetischen Wissenschaften der Physiologie, Psychologie, Kulturologie und Genieologie,

* Der Vortrag ist unter die gesammelten Aufsätze aufgenommen worden, die 1912 unter dem Gesamttitel „Der energetische Imperativ“ in Buchform erschienen sind. „Der energetische Imperativ“ von Wilhelm Ostwald. Erste Reihe. Leipzig 1912. Akademische Verlagsgesellschaft m. b. H. (Seite 370—403.)

um die von Ostwald aus der Systematisierung der Wissenschaften durch Comte entwickelte Uebersicht beizubehalten, erproben. Die Ansätze dieser Pädagogik sind heute bereits vorhanden, und über diese Ansätze wird sie weder im gegenwärtigen Schulsystem, noch in der nationalen Einheitschule hinauskommen. Bedenfalls ist die Pädagogik der nationalen Einheitschule durchaus den Bedürfnissen der gegenwärtigen „Kultur“ angepaßt; denn die besondere Weise, der Weg oder die Methode, in der den Schülern Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt werden, sowie das Maß und die Art dieser Fähigkeiten und Kenntnisse — und das alles versteht man unter Pädagogik — werden ganz und gar, wie die Schulorganisation selbst, durch die „Kulturbedürfnisse“ der Zeit bestimmt. Und gerade die energetische Pädagogik läuft, soweit sie überhaupt unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen Anwendung finden kann, auf die Erfüllung der Ansprüche des Imperialismus hinaus.

So stellt sich die nationale Einheitschule, von welcher Seite man sie auch betrachten mag, als die Schule des Imperialismus dar, eine Schule, die ausschließlich und in einem bisher nie gesehenen Grade die Interessen der Bourgeoisie vertritt.

Nun wird freilich auch die nationale Einheitschule nicht ohne weiteres nach den Wünschen und Plänen der fortschrittlichen Schulreformer Wirklichkeit werden. Die unvermeidliche Verkoppelung der Schulreform mit den militärisch-imperialistischen Zielen birgt von vornherein die unüberwindlichsten Hindernisse ihrer Verwirklichung. Wer auf diesen Gebieten halbwegs bewandert ist, weiß, daß Rüstungen und Sozialreform in ihrem Wachstum in umgekehrtem Verhältnis zu einander stehen. Die nationale Einheitschule wird an dem heutigen Schulsystem im Prinzip nicht das geringste ändern. Sie wird die bürgerlich-patriotischen Tendenzen der Volksschule durch die bürgerlich-imperialistischen Tendenzen der höheren Schule ergänzen und insofern zwar nicht eine Vereinheitlichung des Schulorganismus, wohl aber des Schulgeistes in die Wege leiten. Außerdem aber wird sie unter den Kindern der Arbeiter eine Auslese der Tüchtigsten, d. h. der für Kapitalismus und Staat Brauchbarsten treffen, indem sie ihnen die Möglichkeit einer höheren Bildung gewährt. So wird sie dem Bürgertum aus der Intelligenz der Arbeiterklasse neue schätzbare Kräfte zuführen, die in demselben Maße der Arbeiterklasse verloren gehen. So wird sie in der Tat die Herrschaft der Bourgeoisie verlängern, den Aufstieg der Arbeiterklasse aber hemmen helfen.

Die nationale Einheitschule widerspricht in allem den Interessen der Arbeiterklasse, die ihr insgedessen nur mit Ablehnung und Kampf begegnen kann. Und wenn die Sozialpatrioten schon jetzt in den Wonnen dieser Schulreform schwelgen und sie als die reifende Frucht ihres vaterländischen Wohlverhaltens schon jetzt preisen und anpreisen, dann bewahrheitet sich darin nur aufs neue, daß sie auch in dieser Frage zum Vortrupp der Bourgeoisierinteressen emporgestiegen und zu Klassengegnern des Proletariats herabgesunken sind und daß die Sozialdemokratie sie ebenso rücksichtslos und grundsätzlich zu bekämpfen hat, wie die von ihnen verhasstelte nationale Einheitschule.

Eine Resolution des Linksradikalismus.

In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Bremen brachten die linksradikalen Genossen folgende Resolution ein:

Die seit Kriegsbeginn in der Sozialdemokratie herrschende unheilvolle Verwirrung legt uns die Pflicht auf, alles zu versuchen, um die Partei auf den Weg des Klassenkampfes zu bringen, da nur durch den wirklichen Kampf, eingedenk des Wortes, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann, eine Gesundung der Parteiverhältnisse herbeigeführt und die Arbeiterklasse selbst auf die Höhe ihrer historischen Aufgabe gebracht werden kann.

Als wichtigste Vorbedingung hierzu erachten wir die Klärung der augenblicklichen verworrenen Verhältnisse durch die rücksichtsloseste Kritik an allem, was einer konsequenten sozialistischen Politik nicht entspricht. Diese Kritik hat sich auf folgender Grundlage zu bewegen:

1. Die Zustimmung zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 war kein einmaliger Akt und auch nicht das Werk des Zufalls, vielmehr war sie das Ergebnis der ganzen bisherigen Entwicklung der Arbeiterbewegung, deren Tätigkeit sich wesentlich auf das organisatorische Moment beschränkte, die jedoch die Hauptsache, den wirklichen Kampf um die Macht, je länger je mehr zu vermeiden suchte.
2. Der Abstimmung vom 4. August folgt die konsequente sozialpatriotische Politik der Fraktionsmehrheit, die noch kürzlich von der Reichskonferenz ausdrücklich gutgeheißen wurde.
3. Die Politik der Fraktionsmehrheit und des Parteivorstandes, die ihre Konsequenz im Sozialimperialismus findet, ist ein Bestandteil der Klassenpolitik des Bürgertums und steht damit im absoluten Gegensatz zum Sozialismus und zu den Interessen des klassenbewußten Proletariats. Der Kampf gegen diese Politik ist mithin ein Bestandteil des allgemeinen Klassenkampfes gegen das Bürgertum.
4. Die Vertreter der sozialpatriotischen Politik (Fraktionsmehrheit und Parteivorstand) sind daher nicht mehr als die Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse anzusehen. Ihre Entfernung aus der Partei ist unter unausgesetzter Propaganda der Spaltung mit den Sozialpatrioten und den Sozialimperialisten die erste Vorbedingung der Rückkehr der Partei zu geordneten Verhältnissen und zum Klassenkampf. Als Mittel des Kampfes gegen die arbeitserfindliche sozialpatriotische Politik der offiziellen Instanzen ist die Propaganda und Durchführung der Beitragsperre anzusehen.
5. Die auf dem Boden des Parteizentrums und der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft stehende Opposition bewegt sich nicht im grundsätzlichen Gegensatz zur Politik des Sozialpatriotismus. Weder erblickt sie in dieser Politik eine der Arbeiterklasse feindliche Klassenpolitik, noch hält sie die Spaltung mit den Sozialpatrioten für notwendig. Weder lehnt sie die Landesverteidigung konsequent ab, noch erblickt sie im Kampfe der Arbeiterklasse selbst die nächste Stufe des Kampfes um den Sozialismus. Statt der offenen Lösung dieses Kampfes propagiert sie die utopischen, die Kampfkraft des Proletariats lähmenden pazifistischen Illusionen der Schiedsgerichte und der Abrüstungen, der Verstärkung und des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, wie es der Führer der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, Haase, noch in seiner Rede vom 11. Oktober 1916 besorgte.
6. Die Entwicklung der Arbeiterklasse zu einer konsequenten sozialistischen Politik kann nur im grundsätzlichen Gegensatz zum Sozialpatriotismus und zum Parteizentrum (S. A. G.) erfolgen. In diesem Sinne wirkten Liebknecht und Kühle, sowie die verschiedenen linksradikalen Gruppen (Gruppe „Internationale“, J. S. D. [Internationale Sozialisten Deutschlands]).
7. Um die Partei in diesem Sinne mit Erfolg beeinflussen zu können, erachten wir den Kampf auf dem Boden der Partei für unerlässlich, bis eine wirkliche Entscheidung die Situation geklärt hat. Erst dann wird sich zeigen, ob wir oder ob unsere Klassengegner, die Sozialpatrioten und Sozialimperialisten, die Partei verlassen müssen. Solange gilt es auszuhalten auf dem Posten, auf dem uns eine jahrzehntelange, historisch höchst bedeutsame Entwicklung gestellt hat.

Aus unserm politischen Tagebuch.

16. Oktober.

Eduard Bernstein hat sich bekanntlich mit ein paar bürgerlichen Damen und Herren zu einem Verein zusammengetan, um das Bülkerrecht zu reparieren. In Spanien gibt es Spezialisten, die die verlorene Jungfernschaft reparieren, damit die Herren, die sich's leisten können, später die Freude an ihrer nochmaligen Zerstörung genießen können. Wenn man nun dem guten Ede solche schlechte Absichten auch nicht nachsagen kann, so ist immerhin festzustellen, daß er mit dem genannten Verein wie mit seinem Eintreten für den Pazifismus die Aufgabe erfüllt, die Arbeiter über die Möglichkeit der Bannung der Kriegsgefahr unter der Herrschaft des Kapitals zu täuschen. Obwohl die kurzfristigen Imperialisten jetzt diese Propaganda verfolgen, dient sie letzten Endes doch dem Imperialismus: sie schlafert nämlich die Arbeiter ein und wiegt sie in Hoffnungen, die sie vom grundsätzlichen Kampfe gegen den Kapitalismus abhalten. Nun ist das beileibe keine persönliche Sünde Bernsteins, es ist vielmehr die Aufgabe des Parteizentrums überhaupt. So suchte in der „Neuen Zeit“ der unheimliche Spektator (er könnte sich besser blinder Zuschauer nennen) zu beweisen, daß es wohl denkbar sei, daß auf die Epoche des kriegerischen Imperialismus eine Zeit des friedlichen Verkehrs unter den Ländern eintritt. Wohlgenemerkt: ohne den Sieg des Sozialismus! Der Brave plappert einfach nach, was Papu Kautsky vor dem Kriege uns schlimmen Linksradikalen vorerzählt hat, und was er auch heute noch erzählt, mit all der Redseligkeit, die an ihm zu entdecken ist.

Der Pazifismus gehört zum Zentrum, wie die Laus zum Schützengraben. Wer den Kampf meiden will, der muß sich selbst und andern zu beweisen suchen, daß die Gefahren gar nicht so groß sind.

18. Oktober.

In Danzig sitzt ein Parteisekretär, der den Sinn seines Amtes begriffen hat. Er verfolgt nämlich Mitglieder der Opposition auf ihren sonntäglichen Spaziergängen, um festzustellen, „wer dabei gewesen sei“. Diese Worte stammen von jenen Parteipolizisten selbst her, und auch die andern, daß er es als seine Pflicht betrachte, die Spaziergänge der Minderheit zu überwachen. Seine vorgelegte Behörde, der hohe Parteivorstand, wird mit dem Wackeren zufrieden sein. Seine Auszeichnung soll bereits beim Parteiministerium erwogen werden.

19. Oktober.

In Köln a. Rh. ist ein eigenes Parteipressegesetz geschaffen worden. Die hochlöbliche Parteiobehörde in Berlin hat bekanntlich die beiden Duisburger Redakteure Münster und Schöck wegen ihrer sozialdemokratischen Gesinnung an die Luft gesetzt. Darauf haben die Duisburger Sozialdemokraten ihr eigenes Blatt gegründet, das den Titel „Kampf“ führt und übrigens mit uns derselben Meinung ist, daß die Partespaltung der erste Schritt zur Besserung der Parteiverhältnisse ist. Dieses Blatt erfreut sich nun in den Kreisen des Niederrheins einer zunehmenden Beliebtheit und auch in Köln hat es seine Anhänger. Das hat den Vorstand des dortigen sozialdemokratischen Vereins zu dem Beschluß bewogen, die Verbreitung des „Kampf“ in den Parteiversammlungen einfach zu verbieten. Die militärische Zensurbehörde hat gegen die Verbreitung dieses Organs bislang nichts einzuwenden gehabt. Die Zensurbehörde der Partei denkt anders.

Was sich übrigens die sozialpatriotischen Instanzen Kölns leisten, das plant in Bremen der Abgeordnete Henke, der in der Öffentlichkeit verkündete, er werde, solange er die Verantwortung dafür trage, nicht dulden, daß in der „Bremer Bürger-Zeitung“ Propaganda für die Ideen der „Arbeiterpolitik“ gemacht werde. Natürlich duldet er täglich, daß in „seinem“ Blatte an den verschiedensten Stellen Propaganda für den Sozialpatriotismus gemacht wird. Das hat er sogar geduldet, als er noch Chef der Zeitung war. Nun, das ist freilich auch etwas anderes; denn hinter den bremischen Sozialpatrioten steht der Berliner Parteivorstand. Und es ist immer ein gutes Beispiel für die Arbeiter, wenn man ihnen zeigt, daß man sich seinem Arbeitgeber gegenüber fügen muß. Böse Beispiele verderben gute, und gute Beispiele veredeln böse Sitten. Die Kölner Sozialpatrioten und das bremische Parteizentrum: man sieht, verwandte Seelen finden sich.

23. Oktober.

Wie wir voraus sagten, reißen die konsequenten Sozialimperialisten das Resultat der Reichskonferenz, dem sie dort zugestimmt haben, nach allen Notizen herunter. Sie erklären sich in

den „Sozialistischen Monatsheften“ und in der „Stimme“ für die imperialistische Politik, für die Annektionen, als ob die Reichskonferenz und der von ihnen angenommene Beschluß gar nicht da wären. Herr Leimpeters nimmt sogar 90 Prozent der Arbeiter für die sozialimperialistische Politik in Anspruch. Der sozialpatriotische Parteivorstand wagt natürlich nicht, gegen sie Stellung zu nehmen, die auch nur Heuchelei wäre. O, wie schön ist es, unter der Losung Unabhängigkeit, Unversehrtheit usw. — oder wie die Mittel des schmerzlosen Zahnziehens sonst heißen — die Massen für den Sozialimperialismus einzufangen!

25. Oktober.

Wie Sozialdemokraten sich und andere informieren. Zu den häßlichen Erscheinungen dieses Krieges gehören auch die Informationsreisen von Sozialdemokraten in die kriegführenden Länder und in die besetzten Gebiete. Jedenfalls ist noch nicht bekannt geworden, daß solche Informationsreisen dazu beigetragen hätten, die Verständigung in der Internationale zu befördern, zu fördern. Das Gegenteil ist vielmehr eingetreten. Zu den eifrigsten sozialdemokratischen Reise- und Informationsaposteln gehörte der Abg. Gustav Noske. Seine Reisen hinter der Front erregten lebhaften Unwillen, seine Besuche der Kriegsmarine wurden nicht mit Freuden aufgenommen. Seine Informationsstour in Belgien entfesselte unter den belgischen Genossen einen Entrüstungssturm. Genosse Noske hatte aber bei all seinen Touren nie das Gefühl, daß er auf falschem Wege sei, denn sonst würde er nicht so viel Aufhebens von seiner Tätigkeit machen. In der letzten Zeit hat der Abg. Noske sich in den besetzten Gebieten Aufklärung informiert und der staunenden deutschen Arbeiterschaft seine dort gemachten Erfahrungen aufgetischt. In Nachstehendem sei gezeigt, wie von dem mit seinem Besuch beglückten Warschauer Proletariat Noskes Mission aufgenommen wurde.

Ein deutscher Landsturmmann, der in Warschau Dienst leistet und mit den dortigen Genossen Fühlung genommen, schreibt über Noskes Besuch in einem Arbeiterklub:

„Noske kam eines Tages in einem Automobil der Heeresverwaltung vorgefahren und begab sich zu den zufällig im Lokal versammelten Arbeitern, um mit ihnen über die Verhältnisse in Warschau zu sprechen. Sein Besuch dauerte nur eine Viertelstunde. Die anwesenden Arbeiter ersuchten Noske, er solle doch mit ihnen nach der Organisationsleitung und zu den führenden Genossen gehen, da werde er genügende Auskunft über die Verhältnisse des Warschauer Proletariats erhalten. Trotzdem die Genossen inständig baten, diesen Weg zu machen, bedauerte Noske, davon Abstand nehmen zu müssen, weil er zum Gouverneur fahren müsse. Er stieg wieder in das Automobil der Heeresleitung, und damit hatte sich seine Informationsreise bei der Warschauer Arbeiterschaft erledigt. Man hätte von der Sache nicht viel gehalten und bald sei sie vergessen gewesen, wenn nicht zum Erstaunen der Warschauer Genossen bald darauf ein Bericht des Genossen Noske über die Warschauer Suben in der deutschen Parteipresse erschienen wäre. Der Inhalt des Artikels hat den größten Unwillen hervorgerufen, die Genossen in Warschau sind erstaunt darüber, wie ein sozialdemokratischer Abgeordneter es fertigbringt, mit solcher „Gründlichkeit“ über die dortigen Verhältnisse zu berichten.“

Zu dem Artikel Noskes nahm auch das Warschauer sozialdemokratische Blatt „Lebensfrage“ Stellung. Die Ansicht und die Stimmung der dortigen Genossen zeigt der Artikel genügend.

Was ist denn zollfrei?

Besteuert ist die ganze Welt
Und alles drum und dran:
Gewerbe, Handel, Gut und Geld,
Weg, Wasser, Weib und Mann.
Wem wäre nicht das Leben teuer,
Wofür man zahlt so manche Steuer.

Besteuert ist der Bissen Brot,
Den man im Schweiß gewinnt;
Besteuert ist sogar der Tod,
Weil wir am Ziele sind.
Nur zu erzeugen unersetzlichen
Ist frei den Armen und den Reichen.

Hoffmann von Fallersleben.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

APXVIB
BYHAA

1. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 20

Er erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
Waller Heerstr. 52 (Eing. Torweg).

Int. Institut
Soc. Bremen, den 4. November 1916
Amsterdam

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Die Tragödie des 21. Oktober	Seite 153
Gegen den politischen Terror Staat, Nation, Imperialismus und Sozial- demokratie (Fortf.)	155
Aus unserm politischen Tagebuch	158
Feuilleton: Wie etliche von Pikrohollers Hauptleuten ihn durch hizige Raufschläge in Gefahr brachten. Von F. Rabelais Wie ist doch die Zeitung interessant! Von Hoffmann von Fallersleben	159 160

Die Tragödie des 21. Oktober.

Während die bürgerliche und sozialpatriotische Presse glaubt, das Attentat des Genossen Friedrich Adler auf den österreichischen Ministerpräsidenten nur als Werk eines Verrückten verstehen zu können, hat die Arbeiterklasse ein Interesse daran, die wahren Kräfte kennen zu lernen, die dem ruhigen, keinesfalls exaltierten Kämpfer den Revolver in die Hand gedrückt haben. Nicht um Neugierde handelt es sich, nicht einmal um das schmerzliche Bedürfnis, durch die Aufdeckung der wahren Quellen der Tat den Mann gegen all die Vorwürfe zu verteidigen, die nicht nur die bürgerliche Presse, sondern auch die Stampfer und Austerlitz gegen ihn erhoben. Die Aufdeckung der Triebkräfte der Tat Friedrich Adlers wird gleichzeitig ihre politische Bedeutung darstellen.

Würde zur Erklärung der Tragödie des 21. Oktober nur die allgemeine Not des Krieges oder die besonderen politischen und wirtschaftlichen Kriegszustände Oesterreichs genügen, man brauchte zu ihrer Darstellung keinesfalls zum Manifest der österreichischen Internationalisten zu greifen, das unter Mitverfasserschaft Friedrich Adlers im Dezember 1915 erschien: die bürgerlichen und sozialpatriotischen Quellen, die alle die Wiener Zensur passierten, genügen vollkommen.

Hugo Ganz, der langjährige Wiener Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ telegraphierte diesem Blatte eine Woche vor dem Attentat: „Man kann einem Volke, das so behandelt wird, als wäre es stumm und unmündig, nicht zumuten, die Opfer zu bringen, die drei furchtbare Kriegsjahre von ihm fordern. Man kann nicht das Gift, das sich in drei Kriegsjahren im Lande angesammelt hat, im Dunkeln weiter schwären lassen.“ Und die Wiener „Arbeiterzeitung“ schrieb einen Tag vor dem Attentat: „In einer Höhe thront der Graf Stürgkh, die es ihm überflüssig macht, die Stimmungen und Gährungen im Volke zu beachten, geschweige mit ihnen rechnen zu müssen. Der Tadel erreicht ihn nicht,

die Kritik wird weißer Fleck, die politische Forderung darf nicht laut werden. Wir wissen nicht, ob unsere Klage ihn erreichen wird; aber kann sich der verantwortliche Staatsmann der Frage entschlagen, ob dieser Zustand, der für das Verhältnis von Regierung und Volk die unbegrenzte Macht auf der einen, das zermürbende Gefühl der absoluten Ohnmacht auf der andern Seite als das einzig sachgemäße Verhältnis kennen will, ob dieser Zustand auf die Dauer haltbar ist und vor allem, ob er auch dem Staate frommt?“

Der in diesen beiden, jeder „subversiven“ Tendenz baren Auslassungen geschilderte Zustand erklärt keinesfalls schon, weswegen Friedrich Adler zum Revolver griff. Die Erklärung für diese Tatsache kann auch nicht im Charakter des Genossen Adler gefunden werden, der das ruhige Temperament eines Gelehrten besaß. Nur in den besonderen Verhältnissen der österreichischen Sozialdemokratie, in denen Adler für die Sache der Internationale kämpfte, liegt die Erklärung.

Als der Krieg ausbrach, lag die österreichische Sozialdemokratie zerfurcht und zerklüftet am Boden. Die tschechische Sozialdemokratie konnte, vom Nationalismus zerknirscht, selbstverständlich keine Kämpfe für die Internationale liefern. Die polnischen und ruthenischen Sozialdemokraten waren von jeher sozialpatriotisch. Die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs war seit Jahren vollkommen im Banne des Opportunismus. Ihre Führer waren teils durch ununterbrochene Kompromisse mit der Regierung zu einer unabhängigen Politik völlig unfähig geworden, teils durch ihren großdeutschen Patriotismus (Leuthner, Bernerstorffer, Austerlitz), teils durch ihren schwarzgelben Patriotismus (Renner) an die Bourgeoisie gekettet. Dazu kam noch die politische Unselbständigkeit der Arbeiterklasse, die in Oesterreich viel größer als sonst irgendwo war.

Im Jahre 1904 schrieb Fritz Austerlitz aus Anlaß des Goehre-Konfliktes in der deutschen Partei, in der österreichischen Partei gebe es keine öffentliche Meinung. Das ist bis auf den heutigen Tag so geblieben. Der Nationalitätenkampf verleidet nicht nur den Arbeitern die Teilnahme am politischen Leben, sondern er erschwert ungeheuer sein Verständnis. Die Politik wird gemacht durch eine Handvoll Führer, die im Cafe und Fraktionszimmer sich über die Taktik verständigen. Diskussionen über politische wie taktische Fragen in den Organisationen wie in der Presse waren äußerst selten. Was für ein Wunder, daß die deutsch-österreichische Arbeiterklasse nicht